

## **Rede des Fraktionsvorsitzenden Mario Krüger (Bündnis 90/Die Grünen) zum Haushalt 2012 in der Ratssitzung am 15.12.2011**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie im letzten Jahr schon nicht anders zu erwarten war, wird auch dieser Haushaltsplan von CDU und SPD verabschiedet werden. Da hat sich eine große Koalition zusammengefunden, keine Liebesheirat sondern vielmehr eine notgedrungene Zweckgemeinschaft zweier Akteure, die nicht unterschiedlicher sein können.

### **Da haben wir den einen Akteur: Ernst Prüsse und seine SPD-Fraktion**

Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung werden –wie bereits im letzten Jahr- nicht gemacht. Stattdessen wird ein bunter Blumenstrauch zusätzlicher Forderungen getreu nach dem Motto „Kein soll's schlecht gehen“, als kleine Geschenke verteilt. In der Presse wird dies mit fehlendem Gestaltungswillen kommentiert. Nein, hier irrt sich der Kommentator: Die politischen Geschicke dieser Stadt hat die SPD-Fraktion schon seit vielen Jahren bei der Verwaltungsspitze abgegeben. Insofern will ich mich mit dem SPD-Antrag gar nicht länger aufhalten. Er spricht für sich.

### **Kommen wir zum zweiten Akteur: Ulrich Monegel und die CDU-Fraktion**

Wie schon im letzten Jahr ist zumindest das Bemühen erkennbar, durch strukturelle Maßnahmen der auseinander gehenden Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben gerecht zu werden.

Herr Monegel, sie werden mit Ihren Anliegen scheitern, wie bereits im letzten Jahr. Ich habe mir Ihre letzte Haushaltsrede noch einmal angesehen und will hieraus gerne einige Ausführungen zitieren:

*„Wir wollen und dürfen auch 2011 die 5%-Hürde nicht reißen. Wir wollen, dass das originäre Defizit vielleicht sogar auf unter 100 Millionen, auf annähernd 90 Millionen gedrückt werden kann. Das ist zumindest unsere Hoffnung und Erwartung. Und dabei kann es vielleicht sogar noch gelingen, einen Betrag in zweistelliger Millionenhöhe auf die hohe Kante zu legen.“*

Bei einem geplanten Fehlbedarf von 112 Mio. € und einer möglichen Inanspruchnahme von 5 % der allgemeinen Rücklage wird sich das voraussichtliche Defizit auf rund 140 Mio. € belaufen, so konnten wir im letzten Finanzausschuss hören. Damit wurde die selbst gesetzte Hürde nicht knapp sondern deutlich gerissen, Herr Monegel.

Und wenn der Kämmerer nicht externe Mehreinnahmen im Bereich der Einkommens- und Gewerbesteuer in Höhe von rund 18 Mio. € sowie weitere Verbesserungen in den Bereichen Zinsen, Schlüsselzuweisungen und Bundeserstattung an den Kosten der Unterkunft –insgesamt weitere 21,2 Mio. €- dann würden wir uns nicht über Haushaltsdefizit von 140 sondern über ein Haushaltsloch von 180 Mio. € unterhalten. Daher macht es Sinn sich einmal anzusehen, wie ihre Vorschläge umgesetzt worden sind:

### **Beispiel 1: „Grünpflege aus einer Hand“**

Selbstverständlich macht es Sinn zu prüfen, inwieweit die Grünpflege im öffentlichen Raum nicht aus einer Hand erbracht wird. Und selbstverständlich kann hierüber nur entschieden werden, wenn klar ist, was kostet uns die Leistung im eigenen Haus gegenüber einer Leistungserbringung durch die EDG. Hierüber werden sie allerdings im Unklaren gelassen.

Und wenn sie nun glauben, dass der Oberbürgermeister dafür Sorge tragen wird, dass endlich belastbare Zahlen bzw. eine Kosten- und Leistungsrechnung aus dem Tiefbauamt vorgelegt werden, damit die EDG eine Gegenrechnung aufmachen kann, dann irren sie sich. Die GRÜNEN gehören ins Tiefbauamt, so Sierau in einer Belegschaftsversammlung zu Mitarbeiter des Tiefbauamtes im DKH im September/Oktober dieses Jahres. Und um deutlich zu machen, dass er damit nicht die GRÜNE Fraktion sondern die Mitarbeiter des Bereiches Stadtgrün gemeint hat, hat er publikumswirksam ein T-Shirt mit der Aufschrift „Unterverkäuflich“ überstreifen lassen. Und da wundert es nicht, dass von der Seiten der EDG-Geschäftsführung mangelndes Interesse seitens des OB's kolportiert wird.

## **Beispiel 2: „Personalkostenreduzierung um 10 % bis 2015“**

*„Wir wollen in den nächsten 5 Jahren um durchschnittlich 2% pro Jahr den Personalabbau abbauen“,* so Ulrich Monegel in der letzten Haushaltsberatung. Wir haben deutlich gemacht, dass diese Rasenmähermethode nicht funktionieren wird. Wenn Sie Personalaufwendungen abbauen wollen, dann müssen Sie auch sagen, welche Dienstleistungen Sie reduzieren wollen. Dass dieses eine Kärnerarbeit ist, das wissen wir.

Nicht ohne Grund stellen wir uns dieser Aufgabe über eine Aufgabenkritik zu hinterfragen, welche städtischen Aufgaben in welchen Umfang noch künftig erbracht werden sollen. Dass dabei möglicherweise viele eingetretene Pfade verlassen werden müssen und keine Begeisterungstürme ausgelöst werden sondern vielmehr heftiger Widerstand zu erwarten ist, das wissen wir. Trotzdem stellen wir uns dieser Aufgabe. Daher unser Haushaltsantrag.

Und wir wollen die Haushaltskommission zu dem machen, was ursprünglich von Ihnen als Aufgabe genannt worden war: „Zielsetzung der Arbeitsgruppe soll es sein, losgelöst von der Beschlussfassung über den kommunalen Haushalt Ideen und Strategien zu entwickeln, wie der Haushalt der Stadt Dortmund langfristig strukturell ausgeglichen und der Schuldenstand dauerhaft gesenkt werden kann.“

Stattdessen haben Sie es zugelassen, dass die von Ihnen initiierte Haushaltskommission zu einer Diskussions-Spielwiese über wirkungsorientierte Haushalts-Kennzahlen mit wissenschaftlicher Begleitung unter der Regie des Oberbürgermeisters verkommen ist. Lass uns das gemeinsam beenden mit einer Aufgabenkritik beginnend mit dem Dezernat 1. Und da gibt es einiges zu bereinigen.

Beispielsweise das sogenannte Büro für Talentsuche oder aber die Ombudsfrau für Bürgerinitiativen, eine Einrichtung, die von den Bürgerinitiativen als überflüssig beurteilt wird. Kommen wir zurück zu Ihrem Vorschlag der Personalkostenreduzierung.

Wie führte der Oberbürgermeister im Personal- und Organisationsausschuss am 27.01.2011 aus:

*„Die Wirtschaftlichkeitsziele sind insbesondere in dem Ratsbeschluss vom 16.12.2010 zu erkennen, der besagt, dass Personalaufwendungen um 1,5 bzw. 2 % gekürzt werden sollen. Aus dem Ratsbeschluss folgen Strategien, um die Gestaltungsräume eines ausgeglichenen Haushaltes zu erhalten und Arbeitsverdichtungen zu verhindern. Es gibt einen Einstellungsstopp und die altersbedingten und unvorhergesehene Fluktuationsspielräume werden abgeschöpft. 190 Mitarbeiter werden nach den Berechnungen die Verwaltung im Jahr 2011 verlassen, so dass haushaltsmäßige Verbesserungen in Höhe von 3,3 Mio. € entstehen werden.“*

Auftrag wird angegangen, so könnte man meinen. Irrtum wie das Protokoll des Personal- und Organisationsausschuss vom 19.09.2011 ausführt:

*„OB Sierau stellt fest, wenn bei der Einsparung von 2 % Personalkosten inklusive allem ausgegangen wird, könne die Ausschussarbeit ganz eingestellt werden, da dann keinerlei Bewegungsspielraum mehr besteht. Auf dringend erforderliche fachbezogene Tätigkeiten auf Seiten der Verwaltung könnte nicht mehr reagiert werden..... Es könnte nicht im Interesse des Rates sein, da durch normale Fluktuation ein qualitativer Verlust hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung entstehen würde. Dabei werden die Beschlüsse des Rates umgesetzt, einerseits wird gespart und gleichzeitig werden wiederum Beschlüsse zur Aufstockung des Personals in bestimmten Bereichen, wie Ordnungspartnerschaften, gefasst.“*

Oder anders formuliert, Sie wissen nicht, was Sie wollen.

Wer einerseits eine Ausweitung der Ordnungspartnerschaften fordert (22 zusätzliche Stellen für rund 1 Mio. €), der kann nicht erwarten, dass im gleichen Zuge die Personalaufwendungen reduziert werden. Dass die Beschlussfassung zur Reduzierung der Personalaufwendungen unter Einbeziehung einer Ausweitung der Ordnungspartnerschaften erfolgte und somit als vorgegeben zu betrachten, hat der OB selbstredend unterschlagen. Und wie der OB mit der Beschlussfassung zur Personalkostenreduzierung in seinem eigenen Dezernat umgegangen ist, können Sie auf der Seite 40 des Personalberichtes 2010 entnehmen. Von 62,5 auf 89,2 vollzeitverrechneten Stellen ist allein das StA 01 ausgeweitet worden. Selbstverständlich haushaltsneutral, wie immer wieder behauptet wird. Mittlerweile sind rund 100 vollzeitverrechnete Stellen im OB-Büro geschaffen worden; eine Ausweitung um mehr als 50 % gegenüber der Langemeyer-Ära.

Und selbstverständlich ist die OB-Aussage aus Januar 2011 „es werden keine externe Personalstellungen vorgenommen, es gibt einen Einstellungsstopp“ als unverbindliche Absichtserklärung zu bewerten. 6 Monate später wurde Thomas K. als Pressereferent auf Wunsch des OB's eingestellt, der sich insbesondere als Fotograf, Aktenträger und Website-Designer seine Verdienste im Kommunalwahlkampf unter Beweis gestellt hatte, selbstverständlich in einem ordentlichen Ausschreibungsverfahren. Wie führte der Oberbürgermeister in seiner Rede zur Haushaltseinbringung aus:

*Sie fordern Einsparungen, die deutlich über die Beträge hinausgehen, die durch Fluktuation entstehen. Das sind Träumereien. Träumereien sollten wir anderen überlassen, bleiben wir lieber westfälisch-realistisch. Wer jedoch diese Stadt „kaputtsparen“ möchte, der sollte es jetzt klar und deutlich sagen und dann auch zu den Konsequenzen seiner Politik stehen.*

Und so ist es auch konsequent, dass aus den im Januar angekündigten haushaltsmäßigen Verbesserungen im Personalaufwand –ich sprach anfangs von 3,3 Mio. €– sich zu Mehraufwendungen in Höhe von 2,75 Mio. € entwickelten.

### **Beispiel 3: „Die Kulturförderung“**

Im Januar dieses Jahr verkündete der OB, er würde sich für eine stärkere Förderung der freien Kulturszene einsetzen und versprach 1 Mio. € zusätzlich. Bisher erhalten die freien Kulturschaffenden jährlich rund 900 T€ aus städtischen Mitteln. Wer die Arbeitsbedingungen der freien Kulturszene kennt, der weiß, dass mit geringem finanziellem Aufwand bei gleichzeitig hohem persönlichem Engagement ein reichhaltiges Kulturangebot geschaffen wird, was sich zeigen lassen kann. Wie der Herr dies bezahlen will, ist bezahlen will, ist inzwischen klar: Auf Pump.

Obwohl die gravierenden Kostensteigerungen zur Bespielung des U-Turms schon jetzt erheblich den Haushalt belasten, obwohl das marode Theater einen bisher nicht finanzierten Investitionsbedarf von 40 Mio. € anmeldet, präsentiert sich der OB als feiner Herr mit Spendierhosen getreu dem Motto. „Geben ist seliger denn nehmen“.

Und wie die Spendierfreude finanziert werden soll, wissen wir inzwischen auch: Er kürzt den Zuschuss der Kulturbetriebe einfach um rund 900 T€ und reicht das Geld -rund 500 T€- an kommerzielle Einrichtungen wie RuhrHOCHDeutsch oder Klangvokal weiter, der Rest ist für die freie Kulturszene gedacht.

### **Beispiel 4: „Der Herr feiert gerne“**

Wie Sie wissen, feiert der Oberbürgermeister gerne. Nicht so sehr mit Ihnen, da gibt es nur Kaffee und Kuchen oder ein rustikales Buffet, was sie für 25 € bezahlen dürfen. Als begeisterter BvB-Fan wird ,mal eben eine Meisterfeier ausgerichtet. Dem BvB hat dies nichts gekostet, der Stadt demgegenüber mehrere 100 T€, ich habe mir von rund 500 T€ berichten lassen. Es war eine schöne Meisterschaftsfeier. Dortmund und damit der OB stand im Sonnenschein.

Wenn es dann allerdings darum geht, mögliche Wanderungsverluste nach Einführung des VRR-Sozialtickets auszugleichen –wir reden von 500 T€- und damit Menschen mit geringen Einkünften die Teilhabe an das gesellschaftliche Leben in dieser Stadt zu ermöglichen, dann sind die Spendierhosen zugeknöpft. Da lobe ich mir den Gelsenkirchen Oberbürgermeister Baranowski, der massiv für ein preiswertes Sozialticket geworben und dafür gesorgt hat, dass das VRR-Sozialticket in der verbotenen Stadt eingeführt wird.

Selbstverständlich hatten wir uns für ein preiswerteres Sozialticket, angelehnt an den AIGII-Anteil für Mobilität von rund 22 €. Dies ist letztendlich an den vehementen Widerstand des SPD-Fraktions-

vorsitzenden im VRR Ernst Prüsse und den Verkehrsunternehmen gescheitert. Der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Baranowski hatte presseöffentlich für ein Sozialticket für einen Preis von unter 25,00 € geworben. Vom Dortmunder Oberbürgermeister haben wir demgegenüber nichts gehört.

Die soziale Balance in der Stadt halten, eines der netten Schlagwörter des Oberbürgermeisters in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts. Wie dies verstehen ist, haben wir am Beispiel der Diskussion zur Nordstadt erfahren.

Nachdem Hetmeier und Co. in populistischer Manie ordentlich Druck aufgebaut hatten, wurde kurzerhand unter der Überschrift „Sicherheit, Ordnung und soziale Betreuung in der Nordstadt“ der Straßenstrich an der Ravensberger Straße geschlossen. Rund 1200 in der Nordstadt gemeldete Roma sollte deutlich gemacht werden, dass sie –trotz EU-Freizügigkeit- unerwünscht sind. Ich will die Probleme der Straßenprostitution und die damit einhergehenden Belastungen für die Nordstadt nicht verharmlosen. Mit Schließung des Straßenstrichs wurde die Prostitution lediglich in Hinterzimmer der Nordstadt verlagert, wo die Frauen ungeschützt ihre Dienstleistungen anbieten müssen, um ihre Familien in Plovdiv zu ernähren.

Eine Beratung oder eine soziale Betreuung waren nicht gewünscht. Es ging ausschließlich darum durch repressive Mittel die Menschen aus bitterer Armut aus der Nordstadt und von der Straße zu vertreiben. Und wenn wir von KOBER hören, in welchem Umfang Beratungen von den Roma nachgefragt werden, keine Möglichkeiten zur Aufstockung von dringend nachgefragten Dolmetscherleistungen bestehen, gleichzeitig aber 'mal eben 22 zusätzliche Ordnungskräfte für 1 Mio. € pro Jahr vorgehalten, dann wird deutlich, wie was Sie –Herr Oberbürgermeister- unter der Überschrift „Die soziale Balance in der Stadt halten“ verstehen. Das sind lediglich inhaltsleere Phrasen, die Sie nicht ausfüllen, wie nicht nur der offene Brief des Mietervereins zur Wohnsituation der Roma aufzeigt. Statt die Sozialdezernentin Zoerner aufzufordern, sich endlich der prekären Wohnsituation anzunehmen, hüllen Sie sich in Schweigen.

Als Schwerpunkt des städtischen Handels soll in den nächsten Jahren das Thema „Energieeffizienz“ verfolgt werden, so der Oberbürgermeister in seiner Haushaltsrede als Konsequenz auf die Katastrophe von Fukushima und die daraus resultierende Energiewende hin zu regenerativen Energien und deren effizienten Nutzung. Wer den Klimawandel wirksam angehen will, der setzt sich nicht für einen weiteren Straßenbau (OWilla, Verlängerung der Semerteichstraße) ein, sondern setzt stattdessen Mittel zur energetischen Sanierung des städtischen Gebäudebestandes ein. Wir haben in diesem Zusammenhang die Erhöhung des revolvingen Fonds für Energiesanierungsmaßnahmen von ca. 500 T€ auf 1 Mio. Euro gefordert. Warum?

Nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes macht es Sinn Geld in Energieeinsparmaßnahmen zu investieren, die sich durch geringere Energiekosten selbst finanzieren. Dies ist aus den Reihen von CDU und FDP abgelehnt worden, ebenso alle weiteren Anträge wie z.B. die Erstellung einer repräsentativen Haushaltsbefragung zum aktuellen Modal Split oder die Einstellung von zusätzlichen Mitteln für den Fahrradverkehr. Ein Fürsprache des Oberbürgermeisters zu unseren Anträgen oder aber eine selbst vorgenommene Einstellung von entsprechenden Haushaltsmitteln hat es nicht gegeben. Ganz im Gegenteil: Der Ansatz im Produkthaushalt des Umweltamtes für Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Minderung und rationelle Energieverwendung ist gegenüber 2010 von 5.300 auf 2.230 Mitarbeiterstunden heruntergefahren. Daher: Die Themen „Energieeffizienz oder Energiewende“ werden vom Oberbürgermeister wortreich besetzt aber faktisch nicht ausgefüllt.

Und so kennen wir ihn: Ein Oberbürgermeister, der sich faktisch ständig im Wahlkampf befindet. Er weiß zwar nicht, wer seinen letzten Wahlkampf so alles bezahlt hat, reagiert aber äußerst ungehalten, wenn er unpassend mit nackter Wade fotografiert wird. Und selbstverständlich bleiben da auch, mal die Personalprobleme im Jugendamt bei der Verfolgung von Ansprüchen aus Unterhaltsleistungen für asylsuchende, unbegleitende minderjährige Flüchtlinge liegen. Der Mann ist eben ständig in Einsatz, vornehmlich in eigener Sache.

Und bei 2.500 Pressemitteilungen, 600 Presseterminen, 440 repräsentativen Veranstaltungen 14.500 Jubilaren und 30 geplanten Ehrungen (siehe Produkthaushalt StA 01) bleibt eben keine Zeit, Alternativvorschläge zur Haushaltskonsolidierung oder aber Alternativen zur Ergebnisverbesserung im Zusammenhang mit den Personalzugeständnissen in Richtung ver.di für das Klinikum Dortmund.

Herr Monegel, sie führen in Ihrer Haushaltsrede aus, dass „die CDU-Fraktion den Zug nach Arnsberg anschiebt und wir –sozusagen nach getaner Arbeit- hinterher nur noch aufspringen wollen, um auch mitfahren zu können“.

Das werden wir nicht tun, Herr Monegel. Wer versucht auf einen fahrenden Zug aufzuspringen, der kommt schnell unter die Räder. Und als regelmäßiger Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs wissen wir, dass nach diesem Zug auch noch ein weiterer Zug kommt. Und den werden wir nutzen, statt sich Hals über Kopf in Reiseabenteuer mit der SPD-Fraktion zu stürzen.

Wir haben entsprechende Vorschläge gemacht, wie der prekären Finanzsituation Rechnung getragen werden kann. Wir wollen, dass nicht nur die Häuslebauer durch eine Erhöhung der Grundsteuer B sondern das auch die Gewerbetreibenden ihren Teil zur Konsolidierung des Haushaltes beitragen.

Wer glaubt, bei dem jetzigen Risiken mit 66 Millionen Defizit, d.h. mit 23 Millionen oberhalb der magischen 5% Grenze zurechtkommt, der wird sich irren. Das haben wir bereits in 2011 erlebt und das werden wir wahrscheinlich auch mit der Jahresrechnung 2012 erleben. Deswegen lehnen wir diesen Haushalt ab und deswegen sind wir nicht dabei und deswegen fahren Sie mit Ernst Prüsse alleine nach Arnsberg.

Vielen Dank.